

GR Dr. Claudia Unger

16.05.2024

FRAGESTUNDE

an Stadtrat Mag. Robert Krotzer

am 16.05.2024

Betreff: Islamistische Tätigkeiten in Graz

Sehr geehrter Herr Integrationsstadtrat Mag. Robert Krotzer!

In Hamburg fanden in den letzten Wochen zwei Demonstrationen von radikalen Muslimen mit demokratie- und verfassungsfeindlichen Inhalten statt. Laut Zeitungsberichten waren bei der ersten Demonstration rund tausend Menschen anwesend, bei der zweiten Veranstaltung bis zu 2300 Personen.

Die Inhalte beider Veranstaltungen zeichnen ein düsteres Bild vom Demokratieverständnis dieser Personen, die unter anderem Deutschland als Wertediktatur bezeichnen und ein Kalifat fordern. Die Empörung ist zu Recht groß, zumal die federführende Organisation Muslim aktiv als gesichert extremistische Gruppe eingestuft wird. Joe Adade Boateng, einer der beiden mutmaßlichen Anführer der Kundgebungen und bei Muslim aktiv stark präsent, ist ein Lehramtsstudent und in der unseligen Verquickung von politischer Haltung und potentieller Berufswahl besonders negativ zu beurteilen.

Nicht zuletzt durch die unsäglichen Entwicklungen in Palästina, die nach dem Terroranschlag auf Israel durch dessen Angriffe auf Gaza seit Monaten für die Zivilbevölkerung schreckliche Konsequenzen haben, finden auch in Europa neben einer besonnenen Auseinandersetzung mit dem Konflikt bedenkliche Vorkommnisse statt: teilweise aggressive und radikale Sympathiebekundungen für Palästina, antisemitische Vorfälle und eben Demonstrationen mit demokratiefeindlichem Inhalt bzw. gemeinsam mit politischen Parteien. Gerade das Potential von radikalisierten Gruppen und Personen, in Form von gesellschaftspolitischer Agitation aufzutreten und größere Gruppen für eine antieuropäische und islamistische Haltung zu mobilisieren, muss angesichts der Vorkommnisse in Hamburg von genereller Bedeutung in der Integrationsarbeit sein. Dass der Verfassungsschutz mit entsprechender Diskretion agiert, ist selbstverständlich. Dass Polizei und Justiz bei Straftatbeständen tätig werden, ebenso. Die Lokalpolitik muss allerdings im Sinne der Sicherung des friedlichen Zusammenlebens dieses

Thema ebenfalls bearbeiten und ihre Bemühungen adaptieren vor dem Hintergrund, dass viele der Radikalisierten österreichische StaatsbürgerInnen bzw. in der zweiten oder dritten Generation von Zugewanderten zu finden sind. Die langjährigen Stakeholder in Graz von Integrationsreferat über die Arge Jugend gegen Gewalt und Rassismus bis zu Initiativen wie Granatapfel und die Präventionsarbeit an Schulen sind hinlänglich bekannt und machen gute Arbeit. Unbedingt nötig ist, dass sich sämtliche in diesem Bereich tätigen Vereine und Einrichtungen, die ja größtenteils von der Stadt Graz (mit)finanziert werden, zu den vorhin genannten Grundsätzen bekennen und andernfalls sanktioniert werden. Graz gilt seit Jahren als Hochburg der Muslimbrüderschaft in Österreich, und auch wenn nach der Operation Luxor einige Verfahren eingestellt wurden, gilt es hinsichtlich der Gefahr einer Bedrohung der Demokratie wachsam zu bleiben.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des ÖVP Clubs folgende

Frage:

„Sind für Dich die Vorkommnisse in Hamburg Anlass dazu, in der Integrationspolitik der Stadt Graz besondere Schwerpunkte zusätzlich zum bestehenden Angebot zu setzen?“